

Oxfam-Presse-Briefing

Warum die Kritiker der Finanztransaktionssteuer falsch liegen

Die Debatte um die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer (FTS) tritt in eine entscheidende Phase. Mit der wachsenden politischen Unterstützung in vielen Ländern Europas mehren sich auch die Stimmen, die die Steuer für schädlich halten.

Die Kritik bezieht sich zumeist auf folgende Punkte:

- Eine EU-weite FTS führe zur Abwanderung von Finanzgeschäften.
- Eine EU-weite FTS habe negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und vernichte Arbeitsplätze.
- Eine FTS werde vor allem Sparer und Kleinanleger treffen.
- Durch die Abnahme der Transaktionen blieben die Einnahmen aus.

Nach genauer Prüfung erweisen sich diese Argumente als falsch.

1. Eine europäische FTS führt nicht zur Abwanderung von Finanzgeschäften

Das Argument, dass Steuern auf den Finanzsektor nur weltweit sinnvoll eingeführt werden können, hält einer genauen Prüfung nicht stand. Den besten Gegenbeweis liefert ausgerechnet einer der vehementesten Gegner der FTS: Großbritannien. Die britische Steuer auf den Handel mit Aktien (die sogenannte „Stamp Duty“) beschert dem Vereinigten Königreich jährlich Einnahmen von mehr als 3 Milliarden Pfund, ohne dass diese Belastung des Londoner Handelsplatzes zu signifikanten Abwanderungen von Finanzgeschäften geführt hat.

Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) erheben bereits mehr als 40 Staaten Formen von nationalen Finanztransaktionssteuern, darunter Südkorea, Indien, die USA, Südafrika, Brasilien sowie zehn EU-Mitgliedstaaten.ⁱ Eine IWF-Studie kommt dementsprechend zu dem Schluss, dass Finanztransaktionssteuern „nicht zwangsweise zum Abwandern von Finanzgeschäften in inakzeptablem Ausmaß“ führen.ⁱⁱ

Entscheidend ist das Design der Steuer. Dass beispielsweise die 1985 in Schweden eingeführte Finanztransaktionssteuer aufgrund der Abwanderung von Finanzgeschäften bereits 1992 wieder abgeschafft wurde, war laut Analyse von Stephany Griffith-Jones, Professorin an der Columbia University, und Professor Avinash Persaud, früher zuständig für Regulierungsfragen bei der UN-Kommission zur Finanzmarktreform, auf ihre mangelhafte Umsetzung zurückzuführen: Da nur die in Schweden durchgeführten Transaktionen besteuert wurden und man auf eine Ausweitung der Steuer auf den Handel von schwedischen Akteuren und mit schwedischen Wertpapieren an ausländischen Börsen

verzichtete, ließ sich die Steuer durch die Abwicklung von Geschäften an anderen Finanzplätzen leicht umgehen.ⁱⁱⁱ

Das von der EU-Kommission in ihrem Vorschlag für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer favorisierte Ansässigkeitsprinzip erschwert die Steuerumgehung erheblich, da nicht der Handelsplatz selbst, sondern die an der Transaktion beteiligten Personen oder Institutionen besteuert werden. Führt Deutschland also eine FTS ein, so würde ein deutscher Händler auch bei Käufen und Verkäufen in London oder Singapur besteuert. Zur Steuervermeidung wäre damit schon die Verlegung des Wohn- oder Firmensitzes notwendig, was eine sehr hohe Hürde darstellt. Selbst bei einem Sitzlandwechsel wären weiterhin alle Transaktionen mit Partnern in der EU steuerpflichtig.

Durch ergänzende Maßnahmen könnten Steuervermeidungspraktiken zusätzlich erschwert werden. Beispielsweise schlägt die Finanzexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Prof. Dr. Dorothea Schäfer, vor, dass die Steuerpflicht an das Sitzland der Muttergesellschaft angebunden werden muss. So könne verhindert werden, dass international tätige Finanzinstitute ihre Transaktionen über Tochtergesellschaften außerhalb der EU durchführen.^{iv} Eine Umgehung bzw. Abwanderung würde dadurch zusätzlich erschwert.

Um die Steuerbasis zu verbreitern, ließe sich das von der EU-Kommission vorgeschlagene Konzept (Ansässigkeitsprinzip) um das sog. Ausgabeprinzip (wie es bei der britischen Stamp Duty praktiziert wird) erweitern. Das Ausgabeprinzip besagt, dass alle aus der EU stammenden Aktien und Anleihen besteuert werden, egal wo sie gehandelt werden. Über zentrale Wertpapierregister (wie dem britischen Zentralverwahrer CREST), welche bei der Abwicklung der Transaktion eingebunden werden, kann die Steuer einfach und kostengünstig abgeführt werden.

Fazit: Die in Schweden beobachteten negativen Auswirkungen der FTS in Form der Verlagerung von Geschäften lassen sich mit der konsequenten Anwendung des Ansässigkeits- und Ausgabeprinzips weitestgehend vermeiden.

2. Eine europäische FTS hat keine nachhaltigen negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum

Die durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer entstehenden Wachstumseinbußen werden häufig überschätzt. Eine von der EU-Kommission im vergangenen Herbst vorgelegte Analyse zur Folgenabschätzung einer FTS beinhaltet ein Worst-Case-Szenario mit längerfristigen Beeinträchtigungen des Wirtschaftswachstums in Höhe von 1,76 Prozent des gemeinsamen Bruttosozialprodukts (BSP) aller EU-Länder.

Neuere Analysen der Kommission gehen jedoch von einer deutlich niedrigeren Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums aus (zwischen 0,2 und 0,53 Prozent des EU-

BSP).^v Laut EU-Steuerkommissar Semeta sind „die negativen Folgen vernachlässigbar gering“.^{vi} Der Rückgang des Wirtschaftswachstums liege demnach deutlich unter der Ein-Prozent-Marke.

Dabei wurde bei der Folgenabschätzung noch gar nicht in Betracht gezogen, dass Einnahmen aus einer FTS auch für Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung in der EU (Arbeitsplatzbeschaffung, Infrastrukturförderung etc.) eingesetzt werden und damit positive Auswirkungen auf das Wachstum generieren. Die EU-Kommission hat in der Zwischenzeit angekündigt, eine erneute, realistischere Folgenabschätzung vorzunehmen.

Wirtschaftswachstum muss zudem an seiner Qualität gemessen werden. Das sogenannte Kasino-Banking mag zwar einen Beitrag zum BIP leisten, darüber hinaus hat es jedoch nur einen geringen Mehrwert für die Realwirtschaft. Nach Meinung von Lord Turner, dem Chef der britischen Finanzaufsicht, sind viele Finanztransaktionen „sozial unnützlich“.^{vii}

Eine FTS hingegen würde zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Finanz- und Realwirtschaft beitragen und somit auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Für Ha-Joon Chang, Professor an der Universität Cambridge, würde eine FTS – im Idealfall gemeinsam mit weiteren Regulierungsmechanismen – den Hochfrequenzhandel entschleunigen und so zur Stabilisierung der Märkte beitragen. Diese Minderung von Risiken durch die FTS habe einen positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum.^{viii}

Zudem gilt: Eine Bedrohung für Wachstum erwächst nicht aus einer FTS, sondern vielmehr aus einem außer Kontrolle geratenen Finanzsektor. Im Jahr 2009 ist die deutsche Wirtschaft infolge der Finanzkrise um 4,7 Prozent eingebrochen. Umgerechnet auf alle rund 81 Millionen Bundesbürger/innen, hat die Krise laut Analyse des Wirtschaftswissenschaftlers Sebastian Dullien jede Einzelne / jeden Einzelnen mindestens 9.000 Euro gekostet, der volkswirtschaftliche Gesamtschaden in Deutschland, gemessen an dem durch die Finanzkrise verursachten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts, summiert sich auf mindestens 740 Milliarden Euro, was rund einem Drittel der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht.^{ix}

Allein für die Rettung des deutschen Bankensektors mussten die deutschen Steuerzahler bislang rund 40 Milliarden Euro aufwenden^x, rund 80 Milliarden Euro flossen in die Konjunkturpakete zur Ankurbelung der Wirtschaft.^{xi} Infolge der Krise ist die Staatsverschuldung in Deutschland massiv angestiegen (von 65 Prozent des BIP in 2007 auf mittlerweile rund 80 Prozent).

Fazit: Die Behauptung von Gegnern der FTS, die Steuer würde das Wirtschaftswachstum massiv senken, ist irreführend. Wachstumsfördernde und gesamtwirtschaftlich stabilisierende Aspekte wurden bei Folgeabschätzungen bislang zu wenig berücksichtigt. Die im Zuge der Einführung einer Finanztransaktionssteuer möglichen Wachstumseinbußen müssen zudem immer in Relation zu den gewaltigen Kosten einer Finanzkrise gesetzt werden.

3. Eine FTS wird Sparer und Kleinanleger nur minimal belasten

Die Steuerrate der FTS ist bewusst extrem niedrig gewählt (im Kommissionsentwurf durchschnittlich 0,1% beim Kauf von Anleihen und Aktien und nur 0,01% beim Handel mit Derivaten), um Auswirkungen auf Sparvermögen und Rentenfonds möglichst klein zu halten. Zudem hängt die Belastung von der Umschlagshäufigkeit in einem Wertpapierdepot ab. Für denjenigen Anleger, der Anleihen und Aktien über einen längeren Zeitraum hält, ist die Steuer kaum spürbar. Zu diesen Akteuren zählt eine Vielzahl der Pensionsfonds. Im Vergleich zu den gleichzeitig anfallenden Gebühren ist die Belastung durch die FTS minimal. Der Finanzwissenschaftlicher Professor Max Otte weist darauf hin, dass ein seriöser Anbieter von Aktivfonds rund einmal jährlich umschichtet. „Das bedeutet, dass ein Kleinsparer einmal pro Jahr diese 0,01 bzw. 0,1 Prozent bezahlen würde, während die Fondsmanagementgebühren in derselben Zeit bis zu drei Prozent betragen.“^{xii} Dazu eine Modellrechnung Ottes: Zahlt ein Riester-Sparer jährlich 1200 Euro über eine Laufzeit von 20 Jahren in einen Fonds ein, so müsste er bei einer angenommenen durchschnittlichen Steuerrate von 0,05% über die gesamte Laufzeit insgesamt rund 74 Euro abführen – die Belastung durch Gebühren des Finanzanbieters läge hingegen bei rund 8.000 Euro.^{xiii}

Erst bei hohen Summen oder sehr häufigem Handeln entstehen spürbare Belastungen. Eine FTS trifft vor allem den riskanten Hochgeschwindigkeitshandel, d.h. insbesondere kurzfristige spekulative Geschäfte mit Derivaten werden unrentabler. Dieser Hochgeschwindigkeitshandel betrifft aber normalerweise nicht den konventionellen Kleinanleger, sondern vielmehr Hedgefonds. Es ist also vor allem derjenige Bereich des Finanzhandels von der Steuer betroffen, der in erheblichem Maß zur Destabilisierung der Finanzmärkte beiträgt.

Fazit: Da der schädliche Hochfrequenzhandel weniger rentabel würde, könnte die FTS eine stärkere Orientierung von Anlegern an lang- statt kurzfristigen Anlagestrategien nach sich ziehen und damit einen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte leisten. Der Kleinsparer profitiert im Endeffekt von der Steuer, da der Staat Einnahmen erzielt, die der Gesellschaft zugutekommen.

4. Die Einnahmen aus einer FTS sind trotz Abnahme der Transaktionen erheblich

Gegner der FTS argumentieren, die Lenkungswirkung der Steuer würde dazu führen, dass weniger Transaktionen getätigt und damit auch weniger Einnahmen erzielt werden würden. Tatsächlich lassen sich mit der Steuer jedoch sowohl Lenkungs- als auch Einnahmewirkungen erzielen. Bisherige Studien, wie z.B. die Folgenabschätzung der EU-Kommission, haben einen Rückgang des Transaktionsvolumens bei der Berechnung der Einnahmen berücksichtigt und kommen, trotz prognostizierter Rückgänge im Derivatehandel, auf hohe Einnahmen im Milliardenbereich.

Laut Einschätzung der EU-Kommission könnten mit dem von ihr vorgeschlagenen Konzept EU-weit Einnahmen in Höhe von rund 55 Milliarden Euro erzielt werden, davon 10 Milliarden in Deutschland. Würde dieses Geld für Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern eingesetzt, könnte Deutschland seine Verpflichtung zur Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2015 erfüllen. Denn die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) betragen 2010 lediglich 9,8 Milliarden Euro, was 0,39 Prozent des BNE entspricht. Für 2011 und 2012 liegen die Zahlen noch nicht vor, es wird jedoch mit keinen größeren Veränderungen gerechnet. Um bis 2015 eine Quote von 0,7 Prozent zu erreichen, müssten die ODA- Mittel von 2013 bis 2015 sukzessive um rund drei Milliarden Euro jährlich auf dann rund 19,7 Milliarden Euro steigen – mit den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer ein machbares Unterfangen.

Zudem würde der Finanzsektor damit einen Beitrag zur Behebung der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgerufenen Schäden in den Entwicklungsländern leisten. Denn nach einer Analyse von Oxfam entstanden hier als Folge der Krise in den Jahren 2009 und 2010 in den Staatshaushalten Einnahmeausfälle in Höhe von 65 Milliarden Dollar.^{xiv} Diese waren unter anderem auf den Rückgang von Exporten und die drastische Reduzierung von Überweisungen von Migrantinnen/Migranten in ihre Heimatländer zurückzuführen.

Fazit: Die FTS kann sowohl eine regulierende Wirkung entfalten und gleichzeitig hohe Einnahmeverolumina erzielen. Sie sollte dafür genutzt werden, den Finanzsektor an den Kosten der weltweiten Krise zu beteiligen und die Zusagen der Bundesregierung zur Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zu erfüllen.

ⁱ Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Polen, Rumänien, Zypern.

ⁱⁱ www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2011/wp1154.pdf

ⁱⁱⁱ www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201202/20120208ATT37596/20120208ATT37596EN.pdf

^{iv} www.diw.de/de/diw_01.c.393410.de/eu_finanztransaktionssteuer_kann_auswuechse_der_finanzmaerkte_ei_ndaemmen.html

^v www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201202/20120208ATT37596/20120208ATT37596EN.pdf

^{vi} www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Bildgalerie/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Ausland/EU/2012/120123_Semeta.pdf

^{vii} www.guardian.co.uk/business/2009/aug/27/fsa-bonus-city-banks-tax

^{viii} www.ft.com/intl/cms/s/0/ea85b6d6-d8ba-11e0-9089-00144feabdc0.html#axzz1nHMyZl5

^{ix} www.zeit.de/wirtschaft/2010-11/finanzkrise-kosten/seite-1

^x www.sueddeutsche.de/geld/kosten-der-finanzkrise-deutsche-buerger-zahlen-am-meisten-fuer-die-banken-1.1159614

^{xi} www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,10599,00.pdf

^{xii} www.boerse-online.de/maerkte/nachrichten/interview/634336.html

^{xiii} www.attac.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG_Finanzmarkt___Steuern/FTS_Kampagne/StellungnahmeAttac_Nov2011.pdf

^{xiv} <http://www.oxfam.org/en/policy/impact-global-financial-crisis-budgets-low-income-countries>